

40 Jahre für die „Blätter“

Karl D. Bredthauer zum 65.

Von Micha Brumlik

In Zeiten von Revolutionen, Transformationen und historischen Umbrüchen bedarf es besonderer Persönlichkeiten, Frauen und Männer des Übergangs, die im besten Fall das Leben, was Marquis Posa als Vermächtnis Don Carlos auf den Weg gab: „Sagen Sie Ihm, dass er für die Träume seiner Jugend soll Achtung tragen, wenn er Mann sein wird.“ Karl Dieter Bredthauer, dem seine Freunde als jemandem, der stets lieber hinter den Kulissen wirkte, den dazu passenden Namen „Carlo“ gaben, ist in diesem Sinne mit den revolutionären Umbrüchen Ende der 80er Jahre, in der Mitte seines fünften Lebensjahrzehnts, endgültig zum Mann im Schillerschen Sinne geworden.

Wenige Ereignisse nur haben die affektive und kognitive Befindlichkeit linker Intellektueller so verstört wie der 1989 beginnende Zusammenbruch der Sowjetunion. Denn trotz aller zum Teil auch massiven Kritik an Demokratiedefizit, mangelnder Rechtsstaatlichkeit und dem, was wir heute als Menschenrechtsverletzungen bezeichnen, galt dennoch ein stillschweigender Konsens, dass die beinahe ein Drittel des Erdballs beherrschende Sowjetmacht ein politischer Verband war, der nicht auf dem kapitalistischen Verwertungsprinzip beruhte und deshalb für die Klassenkämpfe im Westen sowie für die emanzipatorischen Bewegungen in den Ländern des Südens von einer nicht hinweg zu debattierenden Bedeutung war. Für diesen Grundkonsens traten bis in die späten 80er Jahre, auf hohem analytischen Niveau und unter den besonderen Bedingungen der deutschen Teilung, die „Blätter“ ein, denen man für diese Zeit kein Unrecht tut, wenn man ihre zumindest außenpolitische Grundhaltung, gerade auch der Anfangsjahre, als „neutralistisch“ und ihren innenpolitischen Kurs, bei aller Widersprüchlichkeit und Offenheit, als „DKP-nah“ bezeichnet.

Gleichwohl, eine über Jahre gewonnene und unter Anfeindungen durchgehaltene Grundüberzeugung nicht nur aufzugeben, sondern auch kritisch zu verwinden, bedurfte es besonderer Qualitäten. Ich scheue mich nicht, den Begriff der Tugenden zu nennen, nämlich der Einsicht, Gerechtigkeitsliebe und – *last, but not least* – des Mutes und der Tatkraft. Tugenden, das wussten schon die antiken Weisheitslehren, offenbaren sich meist nicht im Lärm des Marktplatzes, sondern im wenn schon nicht privaten, so doch oft verborgenen Bereich des Gesellschaftlichen.

In diesem Sinn ist es Karl Bredthauer, dem langjährigen Redakteur, Chefredakteur, Mitarbeiter und dann auch im privatrechtlichen Sinn (Mit-)Besitzer

der „Blätter“, genauer gesagt: der Blätter Verlagsgesellschaft, seit Ende der 80er Jahre dank seiner energisch vertretenen politischen Überzeugung beinahe im Alleingang gelungen, die „Blätter“ dem in politische Bedeutungslosigkeit versinkenden alt-linken Milieu zu entreißen und sie im sich formierenden Milieu der Neuen Sozialen Bewegungen, der SPD und der Grünen, wie auch später der Linkspartei, neu zu positionieren – durch eine neue Besetzung des Herausgeberkreises, eine neue wirtschaftliche Form und vor allem durch neue Autorinnen und Autoren. Dass die „Blätter“ die neuen linken Projekte stets ebenso kritisch wie solidarisch begleiteten, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Fragt man sich, was den Jubilar zu diesem Kraftakt, der ihm auch manche Feindschaft einbrachte, befähigte, empfiehlt sich der immer noch lohnende Blick in seine zahlreichen Kommentare und Analysen. Dabei fällt auf, dass er in den letzten Jahren zunehmend seltener in Erscheinung getreten ist. Liest man jedoch seine Beiträge, speziell, aber nicht nur, der vergangenen 20 Jahre, offenbart sich ein scharf denkender und entschlossener politischer Kopf, der stets genau wusste, was er wollte.

Die „Blätter“ können und wollen ihre Geschichte nicht leugnen, eine Geschichte, die zutiefst in der alten Bundesrepublik und das heißt in der Geschichte des geteilten Deutschlands wurzelt. Diese alte Bundesrepublik, manche wissen es noch, wurde von Bonn am Rhein aus regiert, von einem kulturellen Background aus, dem Konrad Adenauer ebenso angehörte, wie dort die katholische Kirche und der Karneval das Lebensgefühl auch jener, die sich an beidem nicht beteiligten, prägten.

Es kann kein Zufall sein, dass Karl Bredthauer, der dort Mitte der 60er Jahre Mitglied des SDS wurde, energisch einer Selbstanerkennung der Bundesrepublik als eines eigenen Staates das Wort redete, wie auch einer „Verwestlichung“ der westdeutschen Linken. Gerade weil auch er, der 1968 zu den „Blättern“ stieß, über viele Jahre für eine deutsche Zweistaatlichkeit plädiert hatte und den anfänglich auch in den „Blättern“ stark vertretenen nationalneutralistischen Untertönen distanziert gegenüberstand, war es ihm ein Leichtes, seit 1989 die Idee eines strikt verwestlichten Gesamtdeutschlands zu akzeptieren und zu vertreten – ohne darum auch nur im Mindesten seinen demokratischen, emanzipatorischen und sozialkritischen Intuitionen untreu zu werden.

Karl, Carlo, dem ich immer dafür dankbar sein werde, hat mich in den 90er Jahren in den Herausgeberkreis der „Blätter“ geholt, wo ich meinen politischen Interessen, die ich jahrelang in der inzwischen verschwundenen Zeitschrift „links“ vertreten hatte, mit großem Vergnügen weiter nachgehen konnte und kann. Karl Bredthauer, der so konsequent war, die Verantwortung für „seine“ Blätter Jüngeren zu übertragen und es zuzulassen, dass die „Blätter“ vom Rhein in die Mark, von Bonn nach Berlin zogen, war auch in dieser Hinsicht ein Meister des Rückzugs.

Er tritt am 2. Dezember, mit Erreichen des alten, des verdienten „Bonner“ Pensionsalters, in seine, neudeutsch gesprochen: „zweite Lebenshälfte“ ein. Doch man kann gewiss sein, dass ihm, als echtem *homo politicus*, die Tage, Monate und Jahre in diesen bewegten Zeiten nicht lang sein werden.

Kommentare und Berichte

12/1968, S. 1230-1233

Vietnam Dezember 1968

Zwar: auch 1968 endet für Vietnam, wie es begonnen hat — als Kriegsjahr. Aber an diesem Jahresende hat das Volk Vietnams, haben mit ihm die Völker der Welt erstmals seit langem Anlaß zu begründeter Hoffnung auf Frieden. 1968, das läßt sich in diesem Dezember feststellen, ist für den Vietnamkrieg ein Jahr der Entscheidung geworden. Begonnen hat es mit der beispiellosen Tet-Offensive im Januar, deren Erfolge Amerika und der Welt mit einem Schlag das Scheitern der amerikanischen Strategie in Vietnam klarwerden ließen. Washington bequeme sich schließlich zu Vorgesprächen mit Vertretern Nordvietnams in Paris, hoffend, nun am Konferenztisch die gescheiterte Strategie doch noch retten zu können. Es dauerte weitere Monate, bis es die erste militärische Konsequenz zog: am 31. Oktober 1968, fünf Monate nach Beginn der Pariser Gespräche, mußte Präsident Johnson die bedingungslose Einstellung des rechtswidrigen Luftkrieges gegen Nordvietnam einräumen.

Erinnern wir uns: Weit über zwanzig Jahre dauert nunmehr der nationale und soziale Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes. Am Ende des Zweiten Weltkrieges sah sich die Bevölkerung des Landes frei und geeint in der Demokratischen Republik Vietnam unter ihrem gewählten Präsidenten Ho Tsch Minh. Die japanischen Besatzer waren geschlagen. Die Vietnamesen gingen mit Elan an den demokratischen Aufbau ihrer jungen Republik. Aber die ehemalige Kolonialmacht Frankreich mochte nicht einsehen, daß ihre Zeit abgelaufen war. 1946 bereits entfesselte Frankreich einen erbarungslosen Krieg zur Neokolonialisierung Vietnams, in den sich ab 1950 mit zunehmender Stärke die USA einschalteten. 1953 trug Washington über drei Viertel der Kriegskosten und wurde damit zum Hauptgegner des vietname-

sischen Volkes. Dennoch hatte der Freiheitskampf der von Ho Tsch Minh geleiteten Vietnamesen Erfolg. Nach dem Fall von Dien-Bien-Phu kam es zu Friedensgesprächen in Genf. Frankreich war geschlagen, die USA wagten noch nicht, den Kolonialkrieg offen fortzusetzen. Das Genfer Abkommen, so schien es, garantierte den Sieg der vietnamesischen Freiheitsbewegung. Alle ausländischen Truppen waren abzuziehen. Binnen zwei Jahren sollten freie Wahlen das Land endgültig zur souveränen Republik einen. Die Stimmung des Volkes war eindeutig: Präsident würde Ho Tsch Minh werden, der Führer des Freiheitskampfes.

Die USA erklärten, die Genfer Vereinbarungen anerkennen zu wollen. Tatsächlich mißachteten sie das Abkommen vom ersten Tage an, inzwischen vierzehn Jahre lang und noch ohne absehbares Ende. Schon 1954 installierten sie in Saigon ein Marionettenregime unter ihrem Schützling Diem. Im gleichen Jahr noch sandten sie die ersten „Militärberater“ in die Südzone des Landes. Die 1956er Wahlen, die das Land vereinen sollten, wurden verhindert, Südvietnam stattdessen in den Kranz der Militärdiktaturen von Washingtons Gnaden eingereiht. Ein demokratisches und neutrales Vietnam, wie Genf es vorschrieb, war für die Regierung der USA ein Unding. Eisenhower fand nichts dabei, das offen zu sagen. Amerika beanspruchte den Süden Vietnams als Einflußgebiet. In offener Mißachtung des Genfer Vertrags suchte es die Teilung des Landes zu zementieren, drückte Südvietnam auf einen neokolonialen Status herab und verwandelte es in einen Kriegsstützpunkt zur Beherrschung Südostasiens und zur Unterdrückung neutralistischer und sozialistischer Tendenzen in dieser Region. Das alles unter dem Etikett „Freiheit“.

Die Vietnamesen kannten diese Art Freiheit zu gut, um sich die vereinte

KOMMENTARE UND BERICHTE

Diktatur ausländischer Mächte und deren inländischer Quislinge erneut vorsetzen zu lassen. In den Jahren nach der Verhinderung der in Genf festgesetzten Wahlen und unter der ständigen Verschärfung des innenpolitischen Terrors durch das Regime Diems und seiner US-Berater formierte sich der Widerstand. Die Befreiungsfront FNL entstand und erstarkte schnell. 1963 war es soweit: die USA mußten Diem fallenlassen, um zu retten, was für sie noch zu retten schien. Die Zahl der amerikanischen „Berater“ stieg von einigen Hunderten in die Zehntausende. Das Land entglitt mehr und mehr der Herrschaft Saigons. Die Marionettenregime, nunmehr unverhüllte Militärjuntas, mußten immer häufiger ausgewechselt werden. 1964 war Saigon am Ende, der Sieg der Freiheitskräfte greifbar nahe. Washington stand vor der Alternative: Rückzug und endliche Anerkennung der Unabhängigkeit Vietnams oder offener Krieg. Der neue Präsident, Johnson, entschied sich für Krieg. Er setzte auf die Demoralisierung der Vietnamesen durch einen Feldzug des Schreckens, auf die Strategie der verbrannten Erde gegen die FNL und (ab 1965) auf den totalen Luftkrieg gegen den Norden des Landes, der einen weiteren eklatanten Bruch des Völkerrechts darstellte. Das Modell demokratischen und sozialistischen Aufbaus, Ho Tschu Minhs DRV, sollte — so General Le May — „in die Steinzeit zurückbombardiert“ werden. Johnsons neue Strategie bedeutete nichts anderes als Völkermord. Der Luftkrieg gegen die DRV, der intensivste und brutalste der Kriegsgeschichte, dauerte rund vier Jahre. Nun wurde er, sozusagen über Nacht, abgeblasen. Was sind die Ursachen dieser Wendung? Welche Hoffnungen lassen sich daran knüpfen?

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, erklärte unmittelbar nach der Ankündigung des Bombenstopps, daß dies „ein erster Schritt zum Frieden ist, den ich und viele

andere seit nahezu drei Jahren in der Überzeugung gefordert haben, daß er zu weiteren Schritten hinsichtlich der Erlangung einer gerechten und friedlichen Beilegung des langen und in zunehmendem Maße tragischen und gefährlichen Krieges in Vietnam führen könnte“. Genau darum handelt es sich: um einen ersten, damit außerordentlich wichtigen, nichtsdestoweniger aber doch eben nur ersten Schritt auf dem schwierigeren Weg zum Frieden. Die USA haben diesen Schritt sehr spät getan, erst dann, als kein Weg mehr um die Erkenntnis herumführte, daß die Strategie des Terrorkrieges gegen die Demokratische Republik Vietnam militärisch wie politisch gescheitert ist und daß seine Fortsetzung die USA nur noch tiefer in die Sackgasse führen würde.

Diese Entwicklung ist zweifellos ein Erfolg des breiten internationalen Bündnisses der verschiedensten politischen Richtungen für die Beendigung des Vietnamkrieges. In erster Linie ist es ein großer Sieg des kleinen vietnamesischen Volkes in Nord und Süd. Nordvietnam konnte nicht in die Steinzeit zurückbombardiert werden. Alle Leiden und Schrecken haben die Menschen dort nicht davon abgehalten, enger zusammenzustehen und ihr Land weiterzuentwickeln. Als Essenz des US-Luftkriegs bleiben nackte Unmenschlichkeit und Brutalität zurück.

Ebensowenig hat sich das Volk Südvietnams durch Terror spalten lassen; es hat sich im Gegenteil fester um seine organisierte Macht, die FNL, geschart. Alle Brutalisierung und Eskalation der amerikanischen Kriegshandlungen hat nicht verhindern können, daß die FNL heute vier Fünftel Südvietnams befreit und das Land, dem Kriege zum Trotz, auf den Weg der Demokratie und sozialen Entwicklung geführt hat. Eine wichtige Hilfe, die Johnsons Einsicht in das Scheitern seiner Strategie wesentlich mit herbeigeführt hat, war und bleibt die internationale Solidarität der sozia-

KOMMENTARE UND BERICHTE

listischen, der demokratischen und der Friedensbewegungen, die weltweit die imperialistische Kriegsstrategie Washingtons seit Jahren in die Enge treiben. Mag der Zeitpunkt des Bombardierungsstopps erheblich durch Wahlkampfspekulationen mitbestimmt gewesen sein, so zeigt eben dies sehr deutlich, welchen politischen Einfluß die Oppositionsbewegung gegen den Angriffskrieg gerade in den USA selbst gewonnen hat. Zwar reichte die Kraft der demokratischen und Friedensbewegung Amerikas noch nicht aus, eigene Kandidaten durchzubringen, wohl aber dazu, daß keiner der Präsidentschaftsanwärter des etablierten Herrschaftsystems sich in offenen Gegensatz zu Bombenstopp und Pariser Verhandlungsansätzen zu bringen wagte.

Sollte sich damit in den herrschenden Kreisen der USA eine Gruppe durchzusetzen beginnen, die zu realistischerer Einschätzung der Verhältnisse in Südostasien, der Stärke der demokratischen und nationalen Befreiungsbewegungen befähigt ist, so hätte der jahrelange Kampf auch der Demokraten in unseren Ländern erreicht, daß eine friedlichere Entwicklung der internationalen Beziehungen, d. h. eine reale Entspannung denkbar würde.

Zunächst freilich bedeutet die neue Phase der US-Vietnampolitik offensichtlich kaum mehr als eben die späte Einsicht in das Scheitern einer Strategie. Noch sucht Washington fieberhaft nach neuen Wegen, seine Ziele in Vietnam durchzusetzen, und sei es am Konferenztisch. Vergessen wir nicht: noch geht der Krieg in Vietnam mit aller Grausamkeit weiter. Nach wie vor verstoßen die USA tagtäglich gegen das Genfer Abkommen, gegen das Recht des vietnamesischen Volkes auf Frieden steht ein riesiges US-Heer im Lande. Es mehren sich sogar wieder die Berichte über Verstöße gegen die eben erst proklamierten Beschränkungen. Noch immer besteht die aggressive Militärdoktrin Washingtons für Süd-

ostasien und die gesamte „Dritte Welt“ fort, die mit der FNL und der Kampfbereitschaft des vietnamesischen Volkes exemplarisch die nationalen Befreiungskräfte in aller Welt zerschlagen und entmutigen will. Die Härte und Dauer der Störversuche Saigons gegen einen erfolgversprechenden Fortgang der Pariser Gespräche widerspiegeln im Grunde nur die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Kreise Amerikas selbst. Jetzt hängt sehr viel davon ab, ob in den USA die Realistischeren sich durchsetzen, ob die Regierenden zu weiteren Einsichten in die Realitäten genötigt werden können.

Was also muß geschehen? Es ist klar, daß Washington und Saigon schon in den Protokoll- und Verfahrensfragen der Pariser Gespräche erbittert um die Aufrechterhaltung ihrer Illusionen kämpfen werden. Frieden in Vietnam kann es nur dann geben, wenn die USA das Recht der Vietnamesen nicht länger mit Füßen treten. Solange noch ein einziger US-Soldat in Vietnam steht, ist alles Streben der Vietnamesen nach Unabhängigkeit, Demokratie, friedlichem Aufbau und schließlicher Wiedervereinigung unablässig bedroht. Solange die Kriegshandlungen in Vietnam fort dauern und solange die USA die Pariser Gespräche als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln glauben ansehen zu können, solange ist das Volk Vietnams auf die ständige Hilfe und die Einmütigkeit aller Gegner des Vietnamkrieges angewiesen. Gerade jetzt, wo die vereinte Stärke der Kriegsgegner Washington zu erstem Einlenken veranlaßt hat, bedeutet jedes Nachlassen in Wachsamkeit und Widerstand gegen allzu vertraute Scheinfriedens- und Ablenkungsmanöver eine Ermunterung an die Adresse der amerikanischen Kriegspartei. Im Bündnis haben die Gegner des Vietnamkrieges viel erreicht. Dies gilt es zu sehen — nicht nur im Hinblick auf Vietnam.

Karl D. Bredthauer

Karl D. Bredthauer

Biedermeier schwarz-rot

Nun suchen die Ex-Volksparteien also gemeinsam nach Auswegen aus der Sackgasse, in der das Land, wie es heißt, steckt. Nur erinnert diese Suche vertrackt an den alten Witz: Warum suchst Du denn hier unter der Laterne, fragt der Tünnes den Schäl, Du hast den Schlüssel doch da hinten verloren? Aber da hinten ist es doch zum Suchen viel zu dunkel, antwortet Schäl. – Schon grotesk, wie angesichts der Misere, die es herbeigeführt hat, das Denk- und Utopieverbot, das seit nunmehr über einem Jahrzehnt jede Alternativdebatte lähmt, unvermindert weiter gilt und weiter beachtet wird. Als hätten wir nicht schon zur Genüge unter dieser immer gleichen Rezeptur gelitten, mal schwarz-gelb verpackt und mal rot-grün, fällt auch den Neuen nichts Originelleres ein als weiter ihr Heil unter der Laterne des Marktradikalismus zu suchen: „Sanierung“ durch Kaputtsparen, Wachstum um des Wachstums willen, Anstachelung der Gewinn-sucht und Maßregelung ihrer Opfer, im Namen einer ebenso illusionären wie anachronistischen Vorstellung von „Vollbeschäftigung“.

Dabei ist die Sackgasse, in der man Deutschland mit guten Gründen verorten kann, der Ort, an dem sich die industrielle oder postindustrielle Zivilisation, der wir angehören, insgesamt befindet. Aber nach wie vor wird ausgerechnet die Bundesrepublik zum Kranken Mann Europas stilisiert, geradezu wollüstig von leeren Kassen dahergeredet und eine weitere Einschränkung der zivilen Staatstätigkeit, eine weitere Zunahme der öffentlichen Armut gepredigt. In Wahrheit geht es heute erneut um die grundsätzlichen Verteilungsfragen, die der schwere Rückfall in die – vor Jahr-

zehnten von John Kenneth Galbraith für die USA diagnostizierte – Situation aufwirft, nämlich die bewusste Inkaufnahme einer allmählich wieder schreienden Diskrepanz zwischen privatem Reichtum und – um seinetwillen gewollter – öffentlicher Armut.

Da wird mit vollen Händen umverteilt, nämlich aus den Taschen derer, die man anschließend zu Bedürftigen, ALG-II-Empfängern, Menschen, die sich nicht selber helfen können, degradiert; umverteilt auf Kosten garantierter Ansprüche, die in Jahrzehnten des Arbeitslebens erworben wurden; bisher verbrieft Rechtsansprüche von Lohn- und Gehaltsempfängern werden als Verfügungsmasse behandelt, für eine Operation, die die außer Rand und Band geratenen Reichen, die Renditesüchtigen noch fröhlicher stimmen soll; und da stellen Politiker sich hin, um, ohne Angst ausgelacht zu werden, treuherzig zu erzählen, es gebe in diesem Land nichts mehr zu verteilen, während jeder, der die Augen aufmacht, sie dastehen sehen kann, wie sie mit vollen Händen umverteilen, nur eben, politisch korrekt, von unten nach oben.

Brüning lässt grüßen, kommentieren kritische Ökonomen den neuerlichen Kurs aufs Kaputtsparen. Es gibt aber noch eine weitere Dimension des Weimar-Vergleichs: Das ist schon atemberaubend, wie in diesem Jahr tragende Elemente des bundesrepublikanischen Systems demoliert, dementiert, verschleudert wurden und wie unter unseren Augen ein politisches Regelsystem, eine politische Kultur verfallen, teils sogar mutwillig zerstört werden, während man gleichzeitig unbekümmert weiter den politisch-moralischen Kredit der Bonner Republik – „Bonn ist

nicht Weimar“ – strapaziert. Die Sicherungen, die der Parlamentarische Rat gegen eine Wiederkehr Weimarer Verhältnisse gefunden zu haben glaubte und ins Grundgesetz eingebaut hat, werden ausgerechnet in einer Zeit zur Disposition gestellt, wo die Verhältnisse in der neuen Bundesrepublik stärker an Weimar – oder, im zeitnäheren Vergleich, beispielsweise an italienische Zustände – erinnern als irgendwann sonst in einem halben Jahrhundert. [...]

Große Koalition vs. Große Koalition?

Zu den „Gründungsmythen“ der zweiten Großen Koalition in der Geschichte der Bundespolitik gehört die Vorstellung, Schwarz und Rot seien – List der Geschichte – sozusagen verurteilt, noch einmal gemeinsam zu regieren; und das gar nicht so sehr, weil das Wählervotum angeblich gar keine andere Konstellation zuließ, sondern um wiedergutzumachen, was sie 1966-69 gemeinsam angerichtet hätten. Angela Merkel selbst hat sich diese Lesart ausdrücklich zu eigen gemacht (etwa in der Pressekonferenz am 12. November 2005 zur Vorstellung des Koalitionsvertrags): die neue GroKo müsse auf Gegenkurs zu ihrer Vorgängerin gehen.

Nicht zufällig fallen die Daten so ziemlich zusammen: die schwarz-rote Koalition unter Kiesinger und Brandt, die an deren positive Ansätze anknüpfende sozialliberale Koalition unter Brandt, Scheel und Heinemann und die 68er-Bewegung, die Herausbildung einer außerparlamentarischen Opposition (der APO), die stürmischen Anfänge einer deutschen und gemeinwestlichen Kulturrevolution, deren Auswirkungen bis heute von den einen verteufelt, von den anderen verklärt werden.

Vielleicht wäre es an der Zeit, sich von den Klischees zu lösen, sowohl den verteufelnden wie den verklärenden, und sich die Realität, die politische

Erfahrung jener Zeit einmal genauer anzuschauen, um zu prüfen, was davon tatsächlich der Gegenreform bedarf – denn um nicht weniger geht es ja seit geraumer Zeit, und das ist ja auch der eigentliche Grund dafür, dass viele heute „Reformpolitik“ à la Schröder oder Merkel nur mit Gänsefüßchen schreiben können. Es mag ja sein, dass der sozialplanerische Ehrgeiz, die gesellschaftsgestalterische Aufbruchstimmung, die damals alle Lager erfasste, nach den Adenauer-Erhard-Jahren, die ja ihrerseits nicht die Marktorgie waren, als die ihre Epigonen sie heute darstellen, sondern eine Zeit sehr bewusster Staatstätigkeit bei der Konstituierung und Konsolidierung der neuen Republik und ihres gesellschaftlichen Unterfutters – es mag ja sein, dass dieser sozialplanerische Aufbruch zeitbedingt war und unter veränderten Umständen in vielem korrekturbedürftig ist. Ihn aber verantwortlich zu machen für Veränderungen der Rahmenbedingungen, wie sie wenig später die Ölkrise von 1973, der Aufbruch der Monetaristen, der Chicago-Boys Milton Friedmans, der Reformer à la Pinochet markierten, wäre abwegig. Der Vorwurf der heutigen Konservativen und Liberalen, Neokonservativen und Neoliberalen lautet im Grunde, und insofern begründet, dass die Große Koalition von 1966-69 die Zeichen der Zeit nicht wie Friedman oder Pinochet deutete, oder wie einige Jahre später Thatcher und dann Reagan.

Man müsste sich aber wohl diesen ganzen Zeitraum der 60er und 70er Jahre, der ja reich an sozialen Experimenten und Erfahrungen ist, in unserer phantasielosen und jede Gestaltungsambition unter die Käseglocke von Gegenfinanzierungsvorbehalten und der leeren, besser gesagt, bewusst verknappten öffentlichen Kassen stellenden Zeit noch einmal genauer anschauen. Was ist tatsächlich gescheitert und revisionsbedürftig, was nur inkonsequent verfolgt, vorzeitig abge-

brochen und dem politischen Routinegeschäft geopfert worden? Manches könnte sich als überaus zeitgemäß erweisen.

Nicht das schlechteste Beispiel wäre das „rot-grüne Projekt“ selbst, als ein (verspätetes?) Produkt der 68er Kulturrevolution, der entstehenden ökologischen Bewegung; man denke nur an den Club of Rome und die Grenzen des Wachstums, oder Energiekrise und Klimakatastrophe. Rot-Grün als Parteienkonstellation ist bundespolitisch zweifellos passé, beide Parteien sind derzeit kaum Akteure, die in der Lage wären, ein längerfristiges politisches Gestaltungsprogramm zu konzipieren und umzusetzen, geschweige denn eine gesellschaftspolitische Vision.

Aber wenn man unter Rot-Grün nicht das parteipolitisch verengte Bild sieht, dem Spötter eher die Farbwerte Orange- oder Rosa-Olive zuweisen, gilt nach wie vor: Das sozialökologische Umgestaltungsprogramm „Rot-Grün“ ist viel älter als das gleichnamige Koalitionsmuster, älter auch als die grüne Partei, und es reicht über das Ende der Schröder-Fischer-Regierung zweifellos hinaus. Es handelt sich ja auch um kein deutsches, kein nationales, sondern um ein Menschheitsprogramm.

Die vermeintlichen Irrtümer der Nachkriegszeit

Was also steckt in den Erfahrungen der 60er und 70er Jahre, den Reflexionen über die Grenzen des Wachstums und die Bewahrung der Schöpfung? Dass sie 1989ff. in den Hintergrund gedrängt wurden, mit der Freisetzung aufgetauter Wachstums- und Konsumerwartungen in den Ländern des gescheiterten „Realsozialismus“ und der Öffnung großer Regionen, darunter China mit seiner Milliardenbevölkerung, für den „Kapitalismus pur“, angesichts des Entwicklungsstandes der gesellschaftlichen Kräfte in diesen Ländern also für

nachgerade manchesterkapitalistische Zustände – dieser zeitbedingte „Paradigmenwechsel“ entkräftet ja noch nicht die Diagnose („Grenzen des Wachstums“), die Grundsatzkritik am Industrialismus, dessen kapitalistische Version seit 1989 scheinbar allmächtig und mit entsprechender Glaubensstrenge und Rücksichtslosigkeit herrschen kann.

Die vermeintlichen Irrtümer der Nachkriegszeit, kulminierend in der Politik der Sozialkompromisse der 60er und 70er Jahre, die jetzt mühsam korrigiert werden sollen, waren doch ihrerseits Konsequenzen aus den furchtbaren Erfahrungen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem Kapitalismus pur gemacht worden waren. Welch dramatischer Gedächtnisverlust, wenn heute die neuerliche Entfesselung dieses Ungeheuers propagiert, es als unschuldig, jungfräulich neu und von natürlicher Schönheit gepriesen wird – als hätte es nie den Schwarzen Freitag von 1929 gegeben, die Weltwirtschaftskrise, die Massenverführung und Weltkrieg den Boden bereitete, und als wäre nicht schon die Weimarer Republik durch kurzsichtige Austeritätspolitik unter dem Druck der Wirtschaftslobbies wie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zugrunde gerichtet worden.

Die Erfahrung, dass es durchaus auch anders geht (demonstriert vom funktionierenden Sozialkompromiss der Nachkriegsjahrzehnte, Hobsbawms „Golden Age“ des Kapitalismus), ist zwar aus den Köpfen verdrängt, aber nicht aus der Welt zu schaffen – es geht allerdings nicht, wenn man die Maßlosigkeit prämiert, im Namen einer *shareholder society* mit Renditeerwartungen von 15 Prozent als bescheidenem Minimum; wenn man die Wirtschaftsabläufe deregulierten internationalen Finanzmärkten und der blühenden Phantasie der Spekulanten überantwortet. [...]